

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Zusätze kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Hauptüberschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 0.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 3731.

Tageskalender.

In der französischen Kammer wurden aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks 25 Interpellationen angehängt.

Die portugiesische Regierung verfügte die Abschaffung aller Ausnahme-gesetze.

Die englische Regierung schlug den Wächtern vor, wegen Anerkennung der portugiesischen Republik gleichmäßig vorzugehen.

Wahlvorbereitungen.

Leipzig, 22. Oktober.

In einem dickleibigen Buche, das den verheißungsvollen Titel „Unter dem Scheinwerfer“ führt und Aufsätze verschiedener Art — politische Betrachtungen, Porträts deutscher Regierungsmänner, Schilderungen der Vermögensentwicklung deutscher Multimillionäre und Gedanken über die Motorluftschiffahrt — enthält, läßt sich der vielgeschäßte Regierungsrat a. D. Martin auch über die kommenden Reichstagswahlen und die Ausichten der Parteien aus. Auf welchem Ton die Betrachtung gestimmt ist, geht schon aus der Ueberschrift des einleitenden Kapitels „Die rote Flut“ hervor. Martin, der schwarz-malen will, rechnet für die bisherigen Reichstags-nachwahlen eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen um durchschnittlich 25 Proz. heraus, nimmt dann selbstweg an, daß bis zum August 1911 eine weitere Zunahme der sozialdemokratischen Wähler um 8 Prozent stattfinden „muß“ (da in den drei Jahren seit 1907 die Zunahme 25 Prozent betrug, so kommen nach Adam Riese auf das eine Jahr, das noch bis zu den Wahlen verfließt, 8 Prozent) und gelangt so zu der Zahl von 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler. Falls die Wahlen im August 1911 stattfinden; werden sie gar bis zum Januar 1912 verschoben, so „muß“ sich nach Martin die sozialdemokratische Stimmenzahl abermals um 2 Prozent erhöhen und 4 300 000 erreichen.

Natürlich hat diese Sorte „Berechnung“ nur den Wert einer kindischen Spielerei. Wähler sind keine toten Schachfiguren und mit der Mathematik allein läßt sich der Ausfall einer Wahl niemals im voraus feststellen. Sie ist das Ergebnis von Kräften, die beständiger Veränderung ausgefetzt sind. Allerdings darf die Sozialdemokratie mit einer stetigen Zunahme ihrer Kraft rechnen, weil die wirtschaftliche Entwicklung in der Richtung ihrer Ziele wirkt. Aber es ist nicht ohne weiteres gesagt, daß dieses Wachstum ihrer Kraft in dem Ergebnis der Wahlen voll und rein zum Ausdruck kommt; denn gerade

die Siege der Sozialdemokratie schaffen ihr zeitweise neue Hemmnungen und Hindernisse, indem sie die Gegner zum Ausbieten aller ihrer Kräfte, zum gemeinsamen Widerstand aufpeitschen. Gerade die Angst vor der anschwellenden roten Flut wird ein Moment sein, das da bei den kommenden Wahlen unseren Gegnern zugute kommen wird. Nichts wäre deshalb verkehrter, als wenn die Sozialdemokratie sich durch Berechnungen wie die Martins in falsche Siegeszuversicht wiegen ließe. Sie sind nur Symptome der allgemeinen Unsicherheit im bürgerlichen Lager und Versuche, die Indifferenten, die Mittläufer, die Nichtwähler aufzurütteln und für die bürgerlichen Parteien an die Wahlurne zu bringen.

Noch viel phantastischer als die Berechnung der sozialdemokratischen Stimmengahl ist die Schätzung der Zahl der Mandate, die der Sozialdemokratie zufallen werden. Selbst wenn man die Stimmengahl mit einiger Wahrscheinlichkeit berechnen könnte, so hätte man damit noch keinen brauchbaren Maßstab für die Zahl der Mandate, da die veraltete Wahlkreiseinteilung, die Mandatsverteilung sehr zuungunsten der Sozialdemokratie beeinflusst. Martin gibt allerdings vor, diesen Umstand zu berücksichtigen. Er behauptet, durch den Vorgang der 15 Nachwahlen würde die Sozialdemokratie „rein rechnerisch“ den Bestand des Jahres 1907 von 43 Sitzen behaupten und etwas mehr als die Hälfte der übrigen 355 Reichstagsitze, also etwa 180 dazu erhalten, insgesamt also 223 Mandate, d. h. die Mehrheit im Reichstage, bekommen. In Rücksicht darauf aber, daß eine größere Anzahl von Wahlkreisen als gesicherter Bestand der Bürgerlichen angesehen werden muß und weil bei den 15 Nachwahlen nicht alle bürgerlichen Parteien gleichmäßig betroffen wurden, ihr Ergebnis also nicht ohne weiteres verallgemeinert werden könne, will Martin von der oben errechneten Zahl der sozialdemokratischen Mandate 73 abziehen; er kommt so zu dem Schluß, daß der Sozialdemokratie rund 150 Mandate zufallen werden.

Hier ist von einer Berechnung schon gar keine Rede mehr. Die Zahlen sind rein willkürlich angenommen und haben nicht den geringsten Wert. Dabei behauptet Martin, daß diese Schätzung noch nicht einmal die äußerste Grenze der sozialdemokratischen Erfolgsmöglichkeiten darstellt. Er erklärt, eine sozialdemokratische Mehrheit sei nicht ausgeschlossen, wenn der kommende Reichstag nach einjähriger Tagung etwa im Jahre 1913 der Auflösung verfallt und wenn bis dahin Bethmann-Hollweg mit Wermuth weiter am Ruder bleiben, und der Kaiser wie in der Königsberger Rede auch künftig sein Gottesgnadentum offensichtlich betonen und die notwendige politische Zurückhaltung weiter vermissen lassen werde.

In der Unfähigkeit Bethmann-Hollwegs, in der Steuerepolitik des schwarz-blauen Blocks, dem negativen Ausgang der preussischen Wahlreform und der Aktion

auf Einschränkung des persönlichen Regiments nach den Novemberdebatten des Jahres 1908 sieht Martin die Ursachen des Zuges nach links. Es ist die oberflächliche Anschauung des liberalisierenden Politikers, der nur die äußeren politischen und namentlich die parlamentarischen Vorgänge sieht. Von den wirtschaftlichen Untergründen der politischen Erscheinungen, von den Wirkungen der Teuerung, der großen Lohnkämpfe wird nichts gesagt. Die wesentlichsten Momente, die dem Zug nach links die feste Fundierung geben und verbürgen, daß er mehr als eine vorübergehende Erscheinung ist, sieht Martin nicht. So ist ihm denn auch die Reichsfinanzreform nicht das natürliche Ergebnis der agrarischen Interessenpolitik, sondern das künstliche Produkt einer parlamentarischen Intrige zum Sturze Bülow's. Er paradiert dabei wieder mit seiner Enthüllung, daß Bülow Mitschuldiger an dem bekannten Daily-Telegraph-Interview des Kaisers war und daß er in den Novemberdebatten den Reichstag getäuscht und sich auf Kosten des Kaisers weißgewaschen habe — was angesichts der Unglaubwürdigkeit der Bülow'schen Darstellung damals für jeden Denkenden mehr als wahrscheinlich war und in der sozialdemokratischen Presse denn auch sofort ausgesprochen wurde. Nach Martin haben die Konservativen Bülow nur wegen seiner Schuld in der Interview-Affäre, wegen seines Verrats am Kaiser gestürzt. So mögen die Vorgänge oberflächlich betrachtet aussehen. Aber sicherlich ist das nicht ihre wahre Gestalt. Nur um der schönen Augen Wilhelms II. wegen hätten unsre sehr realpolitischen und gar nicht sentimentalen Junker das Odium der Ablehnung der Erbschaftsteuer sicherlich nicht auf sich genommen. Sie hätten Bülow wahrhaftig nicht gestürzt, wenn er eine ihnen genehme Politik getrieben hätte. Aber weil sie die Erbschaftsteuer und die Wahlreform nicht wollten, deshalb kam es ihnen sehr gelegen, daß Bülow's Stellung beim Kaiser erschüttert war. Martin behauptet, am 17. April 1909 hätten noch 33—34 konservative Abgeordnete für die Erbschaftsteuer stimmen wollen; dann aber, nachdem zwei Fürsten, die die höchsten Hofämter am preussischen Hofe bekleiden, die Führer der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte über den wahren Tatbestand der Daily-Telegraph-Affäre aufgeklärt hätten, sei der Umschwung erfolgt. Nun sei die Ablehnung der Erbschaftsteuer als das geeignete Mittel erkannt worden, um den Reichskanzler parlamentarisch zu stürzen. Danach hätten die Konservativen lebendig, um den Kaiser vor dem Odium zu bewahren, daß er den erfolgreichen Kanzler wegen seines Verhaltens in der Novemberkrise davonjage, sich vor der Öffentlichkeit mit der schweren Schuld an der Ablehnung der Erbschaftsteuer beladen. Das ist eine sehr kindliche Auffassung. Möglich, daß 34 konservative Abgeordnete für die Erbschaftsteuer zu haben gewesen wären, wenn die Enthüllung durch die

Sorgt für Massenbesuch der Versammlungen am Montag und Dienstag!

Seuilleton.

Der Uebergang.

Roman von J. J. David.

15] Nachdruck verboten.
Die Unterredung, die er, also angetan, mit Herrn Franz Mayer hatte, währte nur kurz; entschieden kürzer, als die Vorbereitungen dazu.
Navoratil stellte sich vor und nannte seinen Namen. Und Herr Mayer verwunderte sich und bat um Wiederholung. Dann: „Entschuldigen Sie schon! Aber Sie sind gewiß kein Hiesiger!“
Nein! Er sei ein gebürtiger Wiener.
„Nüt möglich!“ verwunderte sich Herr Mayer.
Und dennoch sei es so. Er habe hier sein Handwerk gelernt und sei immer da gewesen, die Zeit ausgenommen, da er gedient habe.
„Also Soldat sein S' gewesen?“ Welche Charge denn, wenn man fragen darf?“
„Ich bin als Korporal verabschiedet.“
„Schau, schau,“ machte Herr Mayer. „Und Sie sind wirklich ein Wiener?“
„Wirklich und wahrhaftig. Ich kann mich übrigens ausweisen.“
Herr Mayer schüttelte das Haupt. Sein Gast solle nicht böse sein. Aber einen solchen Namen habe man da-hier noch nicht gehört. Er wiederholte ihn: „Kaver

Navoratil“, als wolle er sich an seine Möglichkeit gewöhnen. Und hernach: „Also, was verschafft mir die Ehr?“ Oder ist man ihnen was schuldig geblieben?“

Nein. Und wenn man mahnen wolle, so käme man doch nicht so...

Herr Mayer tat, als bemerke er nun erst den Anzug seines Besuchers. „S' schon richtig, Herr Navoratil, sein ang'legt haben S' Ihnen. Aber möchten S' den Buschen net, wohin stellen?“ Haben S' noch einen angenehmen Gang vor?“ Denn tatsächlich stand der Geselle, den Strauß in der Linken, recht sehr ungeschickt und verlegen da. Für wen denn die Blumen bestimmt wären? Sie seien so schön.

Die möcht' er bitten, der Fräulein Rosi übergeben zu dürfen.

„Nein! Nein! Der Rosi?“ dehnte Herr Mayer. Die werde sich gewiß nicht schlecht freuen über eine solche Aufmerksamkeit. Er werde sie schon irgendwie davon verständigen. Wenn man halt nur wüßte, wie das Mädel zu einer solchen Ehre käme oder wie man sie vergelten dürfe.

Navoratil preßte die freie Rechte ans Herz. In den Handschuhen, die abzustreifen er sich nicht traute, sah seine Hand gar ungeschickt und abgearbeitet aus. Das verschönerte ihn durchaus nicht, erhöhte eher das Drollige seines Auftretens. Er habe eben das Fräulein Rosi sehr gerne. Und er glaube, ihr auch nicht gleichgültig zu sein. Das sei ja sehr erfreulich und eine große Ehre.

Ja, und er möchte als ein ehrlicher und aufrichtiger Mann um die Hand von Fräulein Rosi gebeten haben. Herr Mayer geriet in ein tiefes und anhaltendes Nachdenken, aus dem ihn der andre nicht aufzustören

wagte. Endlich: „Da sieht man's! No ja! No ja, freilich. So kommen einem die Kinder in die Jahr, und fremde Leut' merken's früher, als wie die eignen und leiblichen Eltern! No halt ja. Alt genug wär' das Mädel schon,“ meinte er sehr trübselig.

Ob er also hoffen dürfe? Er verdiene genug, um einen bescheidenen Hausstand begründen zu können.

Ja, da werde man allerhand überlegen und mit dem Mädeln besprechen müssen.

Fräulein Rosi sei mit seiner Werbung durchaus einverstanden.

„So eine Heimliche,“ scherzte Herr Mayer wohlwollend. „Und uns hat sie kein Wörterl gesagt! Gest, Alte? Aber entschuldigen Sie, Herr Navoratil, ich hab' noch eins fragen wollen, sind Sie schon selbständig?“

Nein. Aber er könne es jeden Augenblick werden und ein ganz gutes Geschäft übernehmen. Eigentlich fehlte ihm nur die Meisterin.

Da könnte man ja vielleicht warten und sich's überlegen bis dahin?

Auch damit war der Navoratil einverstanden. Nur möchte er alsdann bitten, ihn in aller Form als Verlobten anzuerkennen.

„Haben Sie's aber hißig,“ meinte Herr Mayer wohlwollend.

Ja, er tenne und liebe das Fräulein Rosel nun schon sehr lang.

„So, so.“ Und das Mädel schweigt rein wie der Tod! Was sie alles anstellen, wann s' verlobt sein! Ja, das geht aber doch net so geschwind.“ Wer denn seine Leute seien? Damit man sich erkundigen könne. Und ob er nicht am End' ein Sozialist sei? Der bekäme sie nie!